Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erscheint wochentäglich Abends und am Sonntag Morgen. Der Abonnementspreis ist für das Deutsche Reich vierteljährlich Mark 4,—, für das Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag. Abonnements werden bei allen Postanstalten angenommen. Für Berlin abonniert man bei den Zeitungsspeditoren und bei der Expedition der Zeitung.

Berlin SW. 48
Wilhelm-Straße Nr. 32.
Fernsprecher:
Redaktion: Amt VI, 3294. ◆ Expedition: Amt VI, 3248.

Inserate nehmen die Expedition der Zeitung und alle Inseratenbureaus zum Preise von 40 Pf. für die sechsgespaltene Petitzeile und von Mark 1,25 für die viergespaltene Petitreklamezeile entgegen. Zusendungen für den Inseratenteil sind an die Expedition, für den redaktionellen Teil an die Redaktion zu adressieren. Unbenutzte Einsendungen werden nicht aufbewahrt.

Nr. 243. [50. Jahrgang.] Sonntag den 16. Oktober 1910. Erste (Abend)-Ausgabe. [50. Jahrgang.] Nr. 243.

Berlin, den 15. Oktober.

Rückblicke.

Die so glänzend, eindrucksvoll und erhebend verlaufene Jubelfeier der Berliner Universität hat durch die Wirkung, die ihr Verlauf auf alle ernsten Kreise des deutschen Volkes ausübte, auch politische Bedeutung gewonnen. Wer im politischen Kampfe steht, ist leicht versucht, das innere Leben der Nation nach den Schlagworten und dem Kampf um materielle Interessen zu bewerten, denen die Oberfläche unseres politischen Lebens, wenn man nach der Tonart von Zeitungen und Agitatoren urteilen will, ausgeliefert zu sein scheint. In einer Zeit, da ein grämlicher, nörgelnder, aber unkritischer Geist über die öffentliche Meinung mehr und mehr Herrschaft zu gewinnen scheint, ist es von den vielen, die diese Entwicklung seit langem mit Schmerz verfolgten, wie eine Erlösung empfunden worden, daß die Jubelfeier der Berliner Universität die Lebenskraft eines anderen freieren und auf weniger vergängliche Werte gerichteten Deutschland auch vor einer breiteren Oeffentlichkeit erwies.

Die Festtage haben die Nation aus dem Tagesbereich der politischen Phrase emporgehoben und den Blick auf Höheres gelenkt. Der freie, stolze und schaffensfreudige Geist, der die Feier durchwehte und in den gehaltenen Reden beredt zum Ausdruck kam, ist auch in dem neuen Deutschland lebendig und bewahrt, wenn er auch die sichtbare Oberfläche der Dinge da und dort anderen Mächten überlassen muß, seine einigende und erhebende Kraft.

Wer sich nur einigermaßen von der Suggestion der gebräuchlichen Redensarten von dem reaktionären Preußen und einer Regierung, die sich angeblich „in gottgewollter Abhängigkeit" unter das Joch der finstersten Reaktion beugt, frei zu machen vermag, mußte durch die Berliner Feier hingewiesen werden auf den engen Zusammenhang, der die Geschichte der Berliner Universität und das Ideal der freien Forschung im Dienste der Wahrheit mit dem inneren Wesen des preußischen Staates verbindet. Beide beruhen auf dem gleichen moralischen Fundament. Beide entnehmen ihre Kraft der gleichen Quelle. Vielleicht tragen manche der bei dieser Gelegenheit gehaltenen Reden, vielleicht trägt auch die Erinnerung an den Geist der Fichte und Humboldt dazu bei, daß das trotz allen Mißbrauchs ewige Ideal der Freiheit, von dem bei dieser Feier bedeutender und mit mehr Gehalt geredet wurde, als wir seit geraumer Zeit gewöhnt sind, aus dem Schutt öder Phrasen und gedankenloser Nachbetung fremder Meinungen wieder ausgegraben und in seiner wahren Bedeutung und seinem echt deutschen Charakter nicht nur von den Einsamdenkenden erkannt werde. Der Dekan der philosophischen Fakultät Professor Roethe hat in einer ausgezeichneten Rede*) darauf hingewiesen, daß Freiheit und preußische Zucht keine Gegensätze sind, sondern sich ergänzen. Ohne innere Disziplin, ohne Selbstbeschränkung, ohne die Herrschaft eines einheitlichen, in sich selbst ruhenden Prinzips ist weder dem Individuum noch der Nation Freiheit möglich und erreichbar. Ein auf diesem Grunde aufgebautes Staatswesen ist auch dann nicht reaktionär, wenn es das gleiche, direkte und geheime Wahlrecht ablehnt und von der Herrschaft der bloßen Zahl nichts wissen will.

Es kümmert uns wenig, daß den demokratischen Blättern der Hauptstadt diese Darlegungen ebensowenig gefallen werden, als die Bemerkung Prof. Roethes, daß Freiheit nicht Gleichheit und Herrschaft der Masse bedeute, und das Wort Ulrichs v. Wilamowitz von dem Mut der freien Ueberzeugung auch gegen den schlimmsten aller Tyrannen, die öffentliche Meinung. Vor dem Oranienburger Tor, mitten zwischen dem Lärm der Chausseen und Industriestraße, liegen die Gräber Fichtes, Hegels und Böckhs. Der Geist dieser drei, der auch, wie die Jubelfeier der Universität gezeigt hat, in dem heutigen Deutschland noch lebendig ist, weil er mit dem deutschen Wesen unzertrennbar verbunden bleibt, wird alle die flüchtigen Phrasen überdauern, die die in der Umgebung des alten Friedhofs gelesenen und ausgerufenen Zeitungen beherrschen.

* * *

Der Hansabund hat in diesen Tagen Aufrufe zur Beitragsleistung für seinen Wahlfonds ergehen lassen. Diese Aufrufe liegen uns in mehrfach voneinander abweichenden Texten vor. Eine einheitliche Fassung scheint mit Rücksicht auf die Verschiedenheit der Interessengruppen, auf die der Hansabund sich stützt, vermieden worden zu sein. Der Aufruf an die „Angehörigen des deutschen Gewerbestandes" z. B. spricht davon, daß es gelte, die einseitige Interessenpolitik des Bundes der Landwirte zu brechen, und empfiehlt auf der anderen Seite die vom Hansabund vertretene Wirtschafts- und Finanzpolitik als ein Mittel, das verderbliche Ueberlaufen bürgerlicher Kreise zu staatsgegnerischen Parteien zu verhindern. Beide Wendungen fehlen in dem Aufruf an die deutschen Kaufleute und Industriellen. Dafür wird in diesem die Aufstellung von Industriellen, Kaufleuten, Handwerkern und Angestellten als Reichstagskandidaten besonders ins Auge gefaßt und mitgeteilt, daß eine große Anzahl von Kaufleuten zu Kandidaturen bereit seien.

Wir wollen diese Nuancen nicht weiter verfolgen, müssen aber hervorheben, daß der zuletzt erwähnte Aufruf einige Stellen enthält, die scharfen Widerspruch herausfordern. „Schutzlos", heißt es dort, „standen Gewerbetreibende, Kaufleute und Industrielle bisher den jahraus, jahrein eintretenden schweren Schädigungen gegenüber, mit denen fortgesetzt gewerbefeindliche, von Unverstand oder Eigennutz diktierte Maßregeln der Gesetzgebung und Verwaltung jeden einzelnen Kaufmann und jeden einzelnen Industriellen entrechteten und belasteten." Eine solche Sprache war bisher den staatsfeindlichen Parteien vorbehalten, zu denen überzulaufen der Hansabund die bürgerlichen Kreise verhindern will. An einer anderen Stelle behauptet der Aufruf, daß die gegenwärtige deutsche Wirtschaftspolitik die Interessen von Gewerbe, Handel und Industrie in jedem Zweige der Gesetzgebung und Verwaltung mißachte. Soweit uns bekannt, waren bisher große und maßgebende Kreise des deutschen Industrie überzeugte Anhänger unserer Wirtschaftspolitik, und wir können deshalb nicht annehmen, daß diese Kreise mit einem solchen die Wirtschaftspolitik des Reiches in Bausch und Bogen verdammenden Urteil einverstanden sein werden, obgleich es durch das Präsidium des Hansabundes und die Unterschrift seines Vorsitzenden gedeckt wird.

Der Aufruf bedient sich aber auch noch einer besonderen Bildersprache. Er stellt in drei Zeichnungen die politischen Rechte, die Steuerlasten, die wirtschaftlichen Leistungen der Landwirtschaft und des Kaufmanns-, Industrie- und Gewerbestandes in Vergleich. An politischen Rechten erscheint die Landwirtschaft ein Riese, Handel und Industrie ein Zwerg; bei den wirtschaftlichen Leistungen wird das Verhältnis umgekehrt, und die Steuerlasten drücken nicht einmal den Hut des Landwirts ein, während sich der Rücken des Kaufmanns unter ihnen krümmt. Mit einem derartig rohen Schema kann man auf die Menge vielleicht Eindruck machen, aber nur auf Kosten der Wahrheit und der Gerechtigkeit.

Der Hansabund läuft Gefahr, mit derartigen Methoden auch das Berechtigte in seinen Bestrebungen zu entwerten. Wenn er den Gewerbestand sammeln und dessen Einfluß im Parlament stärken will, um damit ein Gegengewicht gegen den Bund der Landwirte und dessen Agitation, die auch nicht immer von Uebertreibungen frei ist, zu schaffen, so werden ihm das selbst agrarische Kreise nicht verübeln, vorausgesetzt, daß es ihm Ernst damit bleibt, „eine gerechte, das heißt allen Erwerbsständen einschließlich der Landwirtschaft gleichermaßen gerecht werdende Wirtschafts- und Finanzpolitik zu erstreben". Das setzt er sich nämlich in dem Aufruf an die Angehörigen des deutschen Gewerbestandes ausdrücklich zum Ziel. Es heißt aber diesem Ziel entgegenarbeiten, wenn die Elemente der Verwirrung und der Zwietracht, die in unserem politischen Leben schon übergenug tätig sind, mit den Mitteln vermehrt werden, deren sich der Hansabund jetzt bei seinen Geldsammlungen bedient. Das zu tun, sollte nicht sein Ehrgeiz sein und dürfte auch nicht im Sinne seiner Gründer liegen.

* * *

Von neuem waren die Werftarbeiter in den Ausstand zurückgekehrt, und zwar mit einer Geschwindigkeit, die keine günstige Vorstellung von ihrer Auffassungsweise hervorrufen konnte. Schon beim Ausgang des Bauarbeiterstreiks hatten, wie erinnerlich, die Gewerkschaftsführer große und schwere Mühe, ihren Massen beizubringen, daß geschlossene Uebereinkommen auch innegehalten werden müßten. Diesmal liegt der Fall so, daß auch bürgerliche Blätter, die bisher für tunlichsten Entgegenkommen an die Arbeiter eintraten, ungeduldig werden. Sehr deutlich zeigt sich diese Wendung beim Hamburger Fremdenblatt. Es geht davon aus, die Bestimmungen des Uebereinkommens seien recht allgemein gehalten gewesen. Die Verhandlungen standen unter dem beschleunigenden Druck der nahe bevorstehenden Metallarbeiteraussperrung, die am vergangenen Sonnabend beginnen hätte, wäre bis dahin nicht die Einigung erzielt worden. Daher mußte man damit rechnen, daß über die Anwendung und Auslegung einer ganzen Reihe von Punkten noch Differenzen zwischen den Betriebsleitungen und den Arbeitern entstehen könnten, glaubte sich jedoch zu der Hoffnung berechtigt, daß, wenn einmal die prinzipiellen Fragen gelöst seien, Unternehmer und Arbeiter über etwaige Meinungsverschiedenheiten in Betreff nebensächlicherer Dinge sich leichter verständigen würden, wenn unterdessen der Arbeitsprozeß ruhig weiterginge. „Die Erwartung ist nun leider zunichte geworden. Noch immer zeigen sich die Gegensätze zu ausgeprägt. Und so erlebt man den ganz vereinzelt stehenden Fall in der sozialen Geschichte Deutschlands, daß ein durch Uebereinkunft prinzipiell beigelegter Streik nach eintägiger unvollkommener Unterbrechung in alter Schärfe weitergeht. Dabei hat der unbeteiligte Zuschauer den Eindruck, als wären es weniger die einzelnen strittigen Punkte, die die Ursache des neu entfachten Kampfes bilden, als läge vielmehr immer noch die alte Gegensätzlichkeit zu Grunde, über die beide Parteien trotz der von den beiderseitigen übergeordneten Zentralverbänden abgeschlossenen Vereinbarungen nicht hinweg können, sofange nicht zum mindesten einer der Gegner durch den Kampf zermürbt ist. Dies ist natürlich eine Auffassung, die jeder, der an einer Hebung der Arbeiterklasse auf dem Boden der heutigen Staatsordnung arbeitet, aufs tiefste bedauern und energisch bekämpfen muß. Es muß sich ermöglichen lassen und hat sich in der Tat schon oft als möglich erwiesen, daß Arbeitgeber und Arbeitnehmer miteinander wieder einig wurden, ehe der eine oder andere von ihnen, oder (wie es meist der Fall ist) beide, durch die völlige Erschöpfung und Entkräftigung zu Nachgiebigkeit und Friedfertigkeit bewogen wird. Daß in Hamburg diese Erkenntnis in der wünschenswerten Weise noch nicht durchgedrungen ist, ist ein Verdacht, der leider durch die jüngsten Vorkommnisse bestätigt wird. Das grundsätzliche Mißtrauen gegen den Unternehmer, das sich in der Arbeiterversammlung geltend machte, die über die Einigungsvorschläge abstimmte, und die den Arbeitervertretern, die den Vorschlägen zugestimmt hatten, so wenig Gerechtigkeit widerfahren ließ, gehört zu diesen Symptomen. Ein weiteres Zeichen hierfür ist die überstürzte Art, in der die Arbeiterschaft sofort wieder den Krieg erklärt, ehe sie auch nur den Versuch unternimmt, eine Klarstellung der Streitpunkte und eine Erledigung auf gütlichem Wege zu bewirken." In dieser Hinsicht sei es bezeichnend, daß über den Grund der abermaligen Arbeitsniederlegung noch zur Stunde selbst in beteiligten Kreisen mannigfache Unklarheiten herrschten.

Als eigentliche Veranlassung des Wiederaufflackerns des Kampfes stelle sich eine allgemeine Mißstimmung der Arbeiterschaft heraus, die wohl zunächst von denen entfacht wurde, denen der von den Arbeiterführern unterzeichnete Friedensschluß nicht genügend große Vorteile zu bieten schien. „Diese Unzufriedenen zeigten sich ja bekanntlich numerisch so stark, daß es den Eindruck erweckte, als drohten den Arbeiterführern die Zügel zu entgleiten. Und die letzten Ereignisse sind nicht dazu angetan, diesen Eindruck zu verwischen." Mißstimmung und Argwohn verbreiteten sich, als am Montag nur ein Teil der Arbeiter sofort wieder eingestellt wurde. Jedenfalls waren die Arbeitgeber zu ihrer Handlungsweise berechtigt. Die Betriebe können nicht auf einen Schlag in vollem Umfange aufgenommen werden. Deshalb war auch in den Einigungsbestimmungen ausdrücklich eine Frist bis zum Ende dieser Woche für die allmähliche Einstellung der Arbeiter gegeben worden. Ein Grund zur Niederlegung der Arbeit kann also in der allmählichen Einstellung der Arbeiter innerhalb des bestimmten Zeitraums nicht erblickt werden. „Gestern war hiervon bei den Arbeiterführern und in der sozialdemokratischen Presse auch nicht die Rede. Und auch heute wird als direkte Veranlassung zu dem Wiederausbruch des Kriegszustandes lediglich eine Meinungsverschiedenheit über den Anteil an den Akkordüberschüssen, die aus der Zeit vor dem Streik herstammen, angegeben. Den Arbeitern, die sich bei Werkmeistern und Beamten gestern nach dem Schicksal dieser Gelder erkundigten, wurde von den Angestellten erklärt, daß die Arbeiter ihren Anspruch auf die Akkordüberschüsse durch ihre Arbeitsniederlegung vertragsgemäß verwirkt hätten. Einem Abgesandten der Organisationen gegenüber bestätigte die Direktion diese Auskunft. Ohne weitere Verhandlung wurde darauf heute früh der neue Streik proklamiert. Die Arbeiter behaupten nämlich, es sei ausdrücklich in der Einigungskommission vereinbart worden, daß den Arbeitern Anteile an den Akkordüberschüssen auf jeden Fall auszubezahlen seien. Demgegenüber erklären die Werften: „Die Arbeiterführer haben den Arbeitern sowohl in der Presse wie in den Versammlungen den Anteil an den Akkordüberschüssen, den sie durch den Streik verloren haben, zugesichert. Ausweislich der Protokolle, die von der Vertrauenskommission des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller und den Arbeiterführern unterschrieben sind, ist aber ein derartiges Zugeständnis den Vertretern der Arbeiter nicht gemacht worden."

Es stehe hier also, so schließt das genannte Blatt, Behauptung gegen Behauptung. Welche die richtige ist, werde sich ohne Schwierigkeiten ermitteln lassen, da man die Sache ja schwarz auf weiß nachlesen könne. Um so bedauerlicher sei also, daß die Arbeiter schlankweg zur ultima ratio geschritten sind. Wenn sie der Berechtigung ihrer Forderung gewiß waren, so mußten sie unbedingt vorher einen anderen Weg beschreiten, um zu ihrem vermeintlichen Recht zu kommen. Und dieser Weg hätte vielleicht sicherer zum Ziele geführt und hätte vor allem die Möglichkeit geboten, eine Unsumme an wirtschaftlichen Einbußen und sozialer Verbitterung zu verhüten.

* * *

Erst kürzlich wiesen wir bei einer Betrachtung zur Stellungnahme der bürgerlichen Parteien untereinander für den Reichstagswahlkampf darauf hin, daß die Differenzen zwischen den liberalen Parteien, wie lebhaft sie auch behandelt werden, doch vorwiegend taktischer Natur wären. Jetzt zeigt sich, daß Nationalliberale und Fortschrittliche Volksparteiler sowohl im Königreich Sachsen wie in Thüringen auf dem Weg zur Verständigung gelangt sind. Man will zunächst in Sachsen bei den Wahlen zum Reichstag liberale Doppelkandidaturen vermeiden, und so hat der Vorstand des Landesvereins der Fortschrittlichen Volkspartei einmal die Initiative ergriffen. Er beschloß, sich mit der nationalliberalen Parteileitung hierüber zu verständigen und in gewissen, ihr zu bezeichnenden Kreisen keinen eigenen Kandidaten aufzustellen. Natürlich rechnet man dabei auf das Entgegenkommen der Nationalliberalen in bestimmten anderen Kreisen. Ein solcher Beschluß kann allerdings die Stellung des Liberalismus in Sachsen verstärken; gleichzeitig drängt er die schärfere Tonart in der Fortschrittlichen Volkspartei zurück. Besonders in der Lausitz war man einem Zusammengehen mit den Nationalliberalen wenig gewogen. Die Fortschrittliche Volkspartei hatte dort schon bei den letzten Landtagswahlen die Sozialdemokratie gegen die Nationalliberalen unterstützt, und für die nächsten Reichstagswahlen war ein gleiches zu erwarten gewesen. Bei der politischen Stimmung in der Lausitz ist es allerdings auch den Nationalliberalen noch fraglich, ob der Beschluß des Parteivorstandes dort überall Beachtung findet. Es handelt sich bei der Unterstützung von fortschrittlich-volksparteilicher Seite in der sächsischen Lausitz namentlich um Löbau-Ebersbach, wo Dr. Weber mit 13948 Stimmen gegen den Sozialdemokraten Siebermann gewählt ist, bei 10441 erhielt. Bautzen ist für die Nationalliberalen aussichtslos, und sie werden dort voraussichtlich von vornherein die Volkspartei unterstützen, ebenso in Dresden-Neustadt, dagegen soll die Fortschrittliche Volkspartei in Dresden-Altstadt um Hilfe für Dr. Heinze ersucht werden, die jedenfalls auch gewährt wird, obwohl die letzte Dresdener Rede Heinzes in linksliberalen Kreisen einige Mißstimmung hervorrief. Insgesamt wird es sich um etwa zwölf Wahlkreise handeln, in denen die Fortschrittliche Volkspartei nationalliberale Kandidaten unterstützen kann, während das gleiche als nationalliberale Gegenleistung in vier bis fünf Kreisen geschehen kann.

Verständigungsversuche in Thüringen waren schon vor Monaten unternommen worden, doch ergaben sich dabei zuweilen derartige Meinungsverschiedenheiten, daß es fast den Anschein hatte, als sollten gerade aus diesen Verhandlungen neue Mißhelligkeiten entstehen. Besonders in Gera gerieten die beiden liberalen Gruppen wegen Wiederaufstellung der Kandidatur des bisherigen rechtsnationalliberalen Abgeordneten Horn scharf aneinander. Dieser Gegensatz drohte sich dann auch auf Weimar, Jena, Meiningen und Saalfeld fortzupflanzen. Dem Fortschritt wurde nationalliberalerseits dabei der Vorwurf gemacht, daß er nur immer Entgegenkommen seitens der Nationalliberalen fordere, seinerseits aber sich in die Auswahl der nationalliberalen Kandidaten zu mischen versuche und die Unterstützung davon abhängig mache, ob diese Kandidaten ihm genehm und liberal genug erschienen. Neuerdings scheint aber, so schildert die Leipziger Zeitung den neuesten Entwicklungsgang, man auf fortschrittlicher Seite ein etwas größeres Maß von Entgegenkommen zeigen zu wollen, denn bei der erstreben liberalen Koalition werden die Nationalliberalen weit öfter die Gebenden als die Empfangenden sein. Ist ihnen doch bei einem Versagen des Fortschritts noch eine Koalition nach rechts hin möglich, die in den meisten Fällen sogar mehr Erfolg bringen würde als der Bund mit der Linken, den man heute indessen noch für den zweckmäßigeren ansieht. „Jetzt hat sich wieder der Landesausschuß der Fortschrittlichen Volksparteiler Thüringens an die Nationalliberalen Thüringens wegen einer Verständigung über ein gemeinsames Vorgehen bei den nächsten Wahlen gewendet. Wie es heißt, soll man seitens der Fortschrittlichen Volksparteiler den Nationalliberalen vorgeschlagen haben, von den 12 thüringischen Wahlkreisen 6 der Fortschrittspartei und 6 den Nationalliberalen zu überlassen. Man muß freilich erst sehen, wie man sich über die Verteilung einigt, ehe man darüber urteilen kann, auf welcher Seite der größere Vorteil bei einem solchen Bündnis zu suchen sein wird. Nach den Wahlen von 1908 befanden sich fünf thüringische Wahlkreise in nationalliberalem, einer in fortschrittlichem und einer in wildliberalem Besitz. Außer diesem Besitz von 1907 dürften die Nationalliberalen auch auf Eisenach-Dermbach Anspruch erheben, der Freisinn müßte sich dann darauf beschränken, die Eroberung der anderen bisher nicht dem Liberalismus gehörenden thüringischen Wahlkreise zu erstreben. Ob er sich mit dieser Rolle zufrieden geben wird? Im anderen Falle wird das jetzt an die Nationalliberalen gerichtete Angebot noch nicht den Abschluß eines Bündnisses bedeuten, und die Zukunft kann noch manches umgestalten."

Als erster Vorsitzender der nationalliberalen Landespartei im rechtsrheinischen Bayern sprach dieser Tage Fabrikdirektor Tafel in einer Ansbacher Versammlung über die Lage der Landespartei und über den Kasseler Parteitag. Dabei äußerte er sich, nach einem Bericht der Fränkischen Zeitung, auch über die Beziehungen zur Fortschrittlichen Volkspartei und gab ebenfalls dem Wunsche nach einem wahltaktischen Abkommen Ausdruck. Er bezeichnete diese Partei als nächste Verwandte, mit der man viel mehr gemeinsame als trennende Momente habe. Trennend sei eigentlich nur das Verhältnis zur Sozialdemokratie und die Ansichten über Zollpolitik. Außer in diesen prinzipiellen Fragen ergäben sich manchmal Gegensätze unter anderem darin, daß die linksliberale Presse nicht immer den Ton gegenüber der nationalliberalen Partei bewahre, der gegenüber einer befreundeten Partei wünschenswert sei. Der Redner hoffte, daß es allmählich gelingen werde, solche Erscheinungen, die der Freundschaft nicht förderlich seien, hintanzuhalten, und daß die Leitungen beider Parteien den redlichen Willen dazu hätten. In der Tat kann man über dieses Thema in Bayern und anderwärts gar nicht hypothetisch genug reden; der geringste Zwischenfall hat sich hier schon wirksamer erwiesen als die festesten Vorsätze. Dennoch wird es stets als ein Vorteil gelten müssen, wenn die bürgerlichen Stimmen so unzerteilt wie möglich zum Einsatz gelangen.

*) Wir werden sie in unserer 2. Sonntagsausgabe im Wortlaut bringen.

Die Ausstandsbewegung in Frankreich.

Aus dem Ministerrat.

Paris, 14. Oktober. Im Ministerrat gab heute Briand eine Darlegung der Maßregeln, die zur Sicherstellung der Lebensmittelversorgung getroffen sind. Er wies darauf hin, daß sich ein fortschreitendes Abflauen des Ausstandes deutlich bemerkbar mache. Der Minister der öffentlichen Arbeiten teilte mit, daß der Passagierverkehr auf der Nordbahn doppelt so stark sei wie gestern abend. Zahlreiche Züge mit Lebensmitteln trafen auf dem Nordbahnhof ein. Heute vormittag hätten in Paris nur 8 pCt. des Personals im Dienst gefehlt. Der Verkehr auf der staatlichen Westbahn erhole sich schnell. Briand erhielt im Verlauf der Sitzung ein Schreiben des Ausstandskomitees. Er wird darin um Antwort auf das Schreiben ersucht, das von dem Komitee an den Minister des Innern gerichtet worden ist, um ihm mitzuteilen, daß das Komitee ihm und den Eisenbahngesellschaften zu einer allgemeinen Besprechung zur Verfügung stehe. Der Ministerrat entschied sich dafür, in der Antwort den schon vor dem Ausstande gefaßten Beschluß zu bestätigen, der dahin ging, den verschiedenen Eisenbahngesellschaften die Beschwerden der Angestellten mitzuteilen, den Angestellten die Antwort zu übermitteln und die Einwendungen der Interessierten in Empfang zu nehmen, um zu einer Lösung zu gelangen. Minister Millerand erklärte, die zum Militärdienst einberufenen Eisenbahner müßten dem Befehl bei Vermeidung von Gefängnisstrafe unverzüglich Folge leisten. Die Rekrutierungsbureaus hätten heute die Gestellungsbefehle für die Eisenbahner bestätigt.

* * *

Paris, 14. Oktober. Von der Regierung sind umfangreiche militärische und polizeiliche Maßnahmen getroffen worden, um zu verhindern, daß eine große für heute abend angekündigte Versammlung durch das Eingreifen anarchistischer Elemente zu Unruhen und Gewaltätigkeiten führt.

* * *

Paris, 14. Oktober. Ministerpräsident Briand empfing heute die Deputierten des Seinedepartements und erklärte, daß er das Streikkomitee nicht anerkenne und nur berufenen Vertretern des Eisenbahnpersonals eine Unterredung gewähren werde.

Anscheinend Besserung der Lage.

Paris, 14. Oktober. 12 Uhr 25 Min. Mittags. Die Lage bessert sich weiter erheblich. In Paris und in der Provinz nahmen zahlreiche Angestellte die Arbeit wieder auf. Im Laufe des Vormittags gingen vom Nordbahnhof auf den Hauptlinien 18 Züge ab. Einige 30 Züge auf den Hauptstrecken der staatlichen Westbahn liefen hier ein und gingen von hier aus; auf diesem Netz ist der Vorortverkehr größtenteils wiederhergestellt. Der Verkehr der Untergrundbahn ist weiter normal.

Morgens wurde in der Avenue Kleber eine Bombe gefunden und nach einem chemischen Laboratorium geschafft.

Bauarbeiter und Elektriker.

Paris, 14. Oktober. Das Komitee der vereinigten Bauarbeitersyndikate hat sich heute vormittag für den allgemeinen Ausstand entschieden.

Eine Versammlung der Arbeiter der elektrischen Industrie stimmte für die Fortsetzung des Ausstandes. Im Verlauf der Versammlung teilte ein Redner mit, daß sich Pataud in Sicherheit befände. Ein Haftbefehl sei gegen ihn erlassen, und er würde sich nach der Beendigung des Ausstandes der Behörde stellen.

Anarchistische Elemente.

Paris, 14. Oktober. Es sind Anzeichen vorhanden für eine lebhafte Agitation unter den anarchistischen Elementen. Zahlreiche Revolver und Totschläger wurden gekauft, und man spricht von einem neuen „Fort Chabrol", in dem von der Polizei gesuchte Elemente sich der behördlichen Verfolgung entziehen wollen. In diesem Fall würden die schärfsten Gegenmaßregeln ergriffen werden.

Die in der Avenue Kleber heute morgen aufgefundene Bombe enthielt dreihundert Gramm Cheddit, eine dynamitähnliche Substanz.

Heute vormittag wurden bei vier Redakteuren des Guerre sociale Haussuchungen vorgenommen.

Zur Lage auf den verschiedenen Bahnlinien.

Luxemburg, 14. Oktober. Die Direktion der Luxemburgischen Prinz-Heinrich-Bahn hat, wie die Luxemburger Zeitung meldet, heute von der französischen Ostbahn die Mitteilung erhalten, daß sie keine Güter für die Ostbahn mehr annehmen solle. Die Prinz-Heinrich-Bahn hat diese Mitteilung an die Generaldirektion in Straßburg weitergegeben.

Paris, 14. Oktober. Auf den Linien der Südbahn sind heute zahlreiche Angestellte dem Dienst ferngeblieben. In Toulouse sind alle Güterzüge ausgefallen. In anderen Städten des Südbahnnetzes macht sich der Streik noch nicht fühlbar.

Paris, 14. Oktober. Eine Bekanntmachung der Ostbahngesellschaft besagt, daß die Ausstandsbewegung auf ihren Linien als beendet angesehen werde. In einer Veröffentlichung des Ministeriums der öffentlichen Arbeiten wird eine merkliche Besserung bei den Linien der Nord- und Westbahn festgestellt. Bei der Paris-Lyon-Mittelmeerbahn ist ein normaler Dienst gesichert; bei der Orléansbahn haben von 781 Ausständigen 574 die Arbeit wieder aufgenommen; bei der Südbahn sind die Arbeitseinstellungen zahlreich, doch wird der Dienst aufrecht erhalten. In Marseille haben die Eisenbahnbediensteten heute abend beschlossen, um Mitternacht in den Ausstand zu treten.

Demonstrationszug streikender Maurer.

Paris, 14. Oktober. Streikende Maurer versammelten sich heute nachmittag auf dem Montmartre, um einen Demonstrationszug zu veranstalten, wurden aber auf dem Marsch nach dem Clichyplatz von Polizei und Gendarmerie zerstreut. Bei dem Zusammenstoß wurde ein Gendarm durch einen Flaschenwurf verletzt. Als etwa tausend der Demonstranten sich wieder zu einem Zuge vereinigten und über die Rue du Faubourg Montmartre zurückmarschierten, wurden sie abermals von der Polizei zerstreut, wobei ein Polizeiinspektor erheblich verletzt wurde.

Paris, 15. Oktober. Entgegen der Meldung auswärtiger Blätter, daß bei den gestrigen Kundgebungen der ausständigen Maurer im Montmartre-Viertel 30 Personen vom Militär verwundet worden seien, wird festgestellt, daß nur einige Demonstranten und Polizisten leicht verletzt wurden und einem höheren Polizeibeamten der Arm gebrochen wurde.

Protestversammlung der Eisenbahner.

Paris, 14. Oktober. Die Protestversammlung der Eisenbahner gegen die Einberufung zum Militärdienst fand heute abend unter außerordentlichem Andrang statt. Um Zwischenfällen vorzubeugen, wurden von den Veranstaltern Flugblätter verteilt, auf denen die Teilnehmer aufgefordert wurden, nach Schluß der Versammlung ruhig auseinander zu gehen. Die Polizei hatte umfassende Maßnahmen getroffen.